

## Buchbesprechungen

**Detlef J. Blesgen, Erich Preiser. Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen eines deutschen Nationalökonomens (1900-1967), Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York 2000, XXI und 866 S., 198 DM.**

Dieses vom Verlag hervorragend ausgestattete Werk über einen der bedeutendsten deutschen Nationalökonomens des vergangenen Jahrhunderts wurde als Dissertation an der TH Aachen von Karl Georg Zinn betreut. Detlef Blesgen hat durch umfangreiche und mühevoll erhobene Erhebungen in Archiven und Nachlässen, deren Ergebnisse er akribisch belegt, ein eindrucksvolles und umfassendes Bild über Wirken und Wirkungen Erich Preisers geschaffen und hat Fehlinformationen und Fehlteile, die sich in der Literatur finden, korrigiert. Im ersten Teil der Arbeit stellt Blesgen die biographischen Stationen und die wissenschaftliche Entwicklung Erich Preisers dar; im zweiten Teil wird Preisers Einfluss in der wissenschaftlichen Beratung der deutschen Wirtschaftspolitik, besonders als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, behandelt.

Erich Preiser erlebte als Student in Frankfurt in den zwanziger Jahren den Soziologen und Nationalökonom Franz Oppenheimer. Die Begegnung mit diesem „fachlichen und beruflichen Außenseiter“, der seine Dissertation betreute, sollte sein „gesamtes weiteres Leben entscheidend beeinflussen“. Preiser setzte die Suche dieses liberalen Sozialisten nach einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus fort: „eine Wirtschaftsordnung, die marktwirtschaftlich, aber nicht kapitalistisch, die sozial gerecht..., nicht aber kommunistisch sein sollte.“ Da die bei Oppenheimer beabsichtigte Habilitation am „unversöhnlichen Gegensatz der Ordinarien“ scheiterte, sah sich Preiser zu dem „inhaltlichen Umweg“ einer Habilitation bei

dem Privatwirtschaftler Wilhelm Rieger in Tübingen veranlasst.

Größere fachliche Beachtung fand Preiser zuerst mit seinen bedeutenden „Grundzügen der Konjunkturtheorie“ (1933), denen der Autor mit Recht einen längeren Abschnitt widmet. Für Preiser wird das durch Anbietermacht („Quasimonopol“) erzwungene „heteronome Sparen“ und die dadurch bewirkte disproportionale Einkommensverteilung und Überakkumulation zum Kern der Konjunktur- und Krisenerklärung. Er nahm Keynes' These vom „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“, das nur durch eine „staatlich-interventionistische Investitionspolitik“ zugunsten langfristig angelegter „Erschließungsinvestitionen“ überwunden werden kann, vorweg. Eine dauerhafte Lösung sah Preiser allerdings nur in einer Politik zur Herbeiführung einer „möglichst gleichmäßigen Einkommens- und Vermögensverteilung“ zur Überwindung des in der disproportionalen Einkommens- und Vermögensdistribution begründeten Marktversagens.

Der Machtantritt des Hitler-Regimes bedeutete einen tiefen Einschnitt im Lebensweg und in den beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten Preisers. Als Schüler Oppenheimers waren Preisers Position und Karriere „politisch gefährdet, zumal auch sein Habilitationsvater Rieger zum Regime sehr kritisch stand“. Politisch-ideologische Vorbehalte gegen ihn wurden wiederholt erhoben, als er aufgrund seiner struktur- und raumordnungspolitischen Forschungen - „Die württembergische Wirtschaft als Vorbild“ (1937) - zum Extraordinarius (1937) und Ordinarius (1938)

an der Universität Rostock ernannt wurde. 1940 an die Universität Jena berufen, trat Preiser in Kontakt zu dem „oppositionellen Gesprächskreis“ um die Schriftstellerin Ricarda Huch und den ordoliberalen Wirtschaftsjuristen Franz Böhm, und über diesen wieder zu seinen Freiburger Kollegen Walter Eucken, Constantin v. Dietze und Adolf Lampe. In der auf Betreiben des Reichswirtschaftsministers unter dem Dach der Akademie für Deutsches Recht gegründeten „Klasse IV zur Erforschung der völkischen Wirtschaft“ entstand auf Initiative des Sekretärs Jens Jessen - er wurde kurz vor Kriegsende als Regimegegner hingerichtet - „ein Forum relativ freier und zunehmend auch regimekritischer Diskussionen“. Dies galt vor allem für die zentrale Arbeitsgemeinschaft für Volkswirtschaftslehre (AGVWL) unter Leitung von Erwin v. Beckerath, zu der auch Preiser gehörte. Noch nie wurde bisher über die Geschichte dieser Arbeitsgemeinschaft und über ihre Wirkungen in den Nachkriegsjahren so aufschlussreich und sorgfältig belegt geschrieben, wie es Blesgen gelingt.

In seinen Ausarbeitungen zum Beratungsgegenstand „Ziele und Methoden der gelenkten Wirtschaft“ der AGVWL behandelte Preiser Möglichkeiten und Methoden der Wirtschaftslenkung als grundsätzliche Frage der Wirtschaftsordnung. Seine Kritik an Euckens „Idealtypen“ erschloss das breite ordnungspolitisch fruchtbare Feld zwischen den Euckenschen Extremmodellen der theoretischen Analyse und behandelte die „gelenkte Marktwirtschaft“ als eigenständigen und historisch dauerhaften Dritten Weg. Dabei könnten sich die indirekten Lenkungsmethoden mit einem „sehr breiten Spektrum realer Ausgestaltungsformen“ sowohl auf die konjunkturelle wie auf die meritorisch-bedarfsbedingte (also struktur- und wachstumspolitische) Lenkung erstrecken, und Problemidentifizierung und -bearbeitung könnten in „enger Kooperation von staatlichen Behörden und privaten Unternehmen bzw. Verbänden“ geschehen. Weitblickend dachte Preiser bereits an „eine supranational abgestimmte konjunkturelle Wirtschaftslenkung“ für den europäischen „Großraum“. Wie bekannt fehlt bis heute in der Europäischen Union die Verständigung über Grundkoordinaten einer europaweiten Beschäftigungspolitik und europäischen Sozialpolitik.

Als 1943 im Zuge der totalen Kriegsführung die AGVWL stillgelegt wurde, trafen sich die Mitglieder privat und illegal als „Arbeitsgemein-

schaft Erwin v. Beckerath“ (AGEvB). Die Referate und Gutachten konzentrierten sich jetzt „auf praktische Lösungsansätze derjenigen wirtschaftlichen Wiederaufbau- und Übergangsprobleme, die sich nach der Beendigung des - als verloren erkannten - Krieges abzeichnen würden.“ Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten wurden nach Kriegsende zum Jahreswechsel 1947/48 „Grundsätze eines wirtschaftspolitischen Sofortprogramms“ ausgearbeitet und, von 48 Hochschullehrern unterzeichnet, sowohl deutschen Verwaltungsstellen wie den westlichen Alliierten vorgelegt.

Nach dem Krieg führte Erich Preiser - er hatte Anfang 1947 einen Ruf an die Universität Heidelberg angenommen und wechselte 1956 an die Universität München - mit seiner wiederholt aufgelegten Monographie „Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung“ (1949) „die ordnungspolitische Debatte auf die Grundfragen von Freiheit und Gleichheit zurück.“ Die reale soziale Möglichkeit der Persönlichkeitsentfaltung setzt materielle Chancengleichheit durch Zugang zu Bildung und (Produktiv-)Vermögen voraus. Werden diese politischen Aufgaben nicht angegangen, so verstärkt sich soziale Ungleichheit zu „neuen Quasimonopolen“. Preiser erkannte den „Konflikt von Besitz und Nicht-Besitz... als Freiheitsproblem der Nicht-Besitzenden“. Hierin ist die große Bedeutung der Verteilungspolitik im ökonomischen Denken Preisers begründet; seine Aufsatzsammlung „Bildung und Verteilung des Volkseinkommens“ (1957) wurde damals „unter der Hand zum Lehrbuch“. Der Schlüssel für die soziale Gestaltung der Marktwirtschaft lag für Preiser in der Stabilisierung eines hohen Beschäftigungsstandes und in der gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen. Als Instrumente zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand untersuchte er sowohl den Investivlohn wie von Arbeitnehmerorganisationen geführte „Arbeiter-Investment-Trusts“. Preisers großer Artikel „Distribution (I) Theorie“ und der darauf folgende Artikel Gerhard Weissers „Distribution (II) Politik“ im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ (1959) zeigen, welch großes Gewicht damals dem Studium der positiven und normativen Aspekte von Verteilungsfragen in der Ökonomie beigelegt wurde - und wie weit sich Wirtschaftstheorie und -politik heute von diesen Überlegungen entfernt haben.

Auch für den zweiten Teil seiner Studie, der Preisers Einfluss auf die wissenschaftliche Bera-

tung der deutschen Wirtschaftspolitik (1945-1967) behandelt, hat Blesgen wesentliche, bisher nicht bekannte Primärquellen erschlossen und fruchtbar gemacht. Aufgrund seiner anerkannten Fachkompetenz und seines persönlichen Engagements in der AGEvB wurde Preiser noch vor der Gründung der Bundesrepublik in den Wissenschaftlichen Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft (später: beim Bundeswirtschaftsministerium) berufen, der „vor allem in der Frühphase der Bundesrepublik einen recht großen wirtschaftspolitischen Einfluss geltend machen konnte.“ Blesgen hebt das bemerkenswert pluralistische Spektrum dieses Beirats hervor, in dem ordoliberalen Ökonomen, Vertreter eines sozial-liberalen Interventionismus, Vertreter der Christlichen Soziallehre und des Demokratischen Sozialismus diskutierten. Dieser Pluralismus erwies sich bereits bei den Beratungen des Gremiums über Währungsreform und Preisfreigabe als fruchtbar. Anders als Eucken, der eine kompromisslos marktradikale Position vertrat und den Systemwechsel zur Marktwirtschaft durch eine Schocktherapie unter bewusster Inkaufnahme „dramatischer Übergangsschwierigkeiten“ bewältigen wollte, anders auch als Wilhelm Kromphardt und Gerhard Weisser, die für den Fortbestand einer „Kernplanung“ plädierten, argumentierte Preiser für eine „mittlere Position“ eines programmatischen Interventionismus im Sinn einer „sozial gesteuerten Marktwirtschaft“. Tatsächlich waren die Ausnahmen von Preisfreigabe und Mengenrationierung, die Ludwig Erhards „Leitsatzgesetz“ vorsah bzw. ermöglichte, erheblich. Dem Leser wird klar, dass sich das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ (wie überhaupt die westeuropäischen Wirtschaftswunder) nach dem Zweiten Weltkrieg unter vielgestaltigen Regulierungen und einem gradualistischen Übergang zum Markt vollzog - eine Erfahrung, die vergessen war, als im Zuge der deutschen Einigung die Systemtransformation Ostdeutschlands durch eine Schocktherapie erzwungen wurde.

Auch das wichtige Beiratsgutachten über „Geldschöpfung und Kapitalbildung“ (1950) ist erkennbar durch Preisersche Gedankengänge geprägt. Es war seine Idee, dass Geldschöpfung, die einen funktionsfähigen Kapitalmarkt verlangt, selbst dazu beiträgt, einen solchen zu schaffen; andererseits sollten aber zur Erreichung dringender Versorgungsziele nicht nur Maßnahmen zur Steigerung der Sparrate im allgemeinen

getroffen werden, sondern auch „Zwecksparmethoden“ ersonnen und „zweckgebundene Zwangsanleihen“ aufgelegt werden. Blesgen weist richtig darauf hin, dass diesem Gedanken bei dem Investitionshilfegesetz von 1952 eine tragende Rolle zukam. Dieses Gesetz, das Investitionslenkung durch gesellschaftliche Selbstorganisation unter staatlicher Moderierung institutionalisierte, erfährt eine ausführliche Würdigung.

Auch die Empfehlungen des Beirats über „Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung“ (1956) sind von Preisers interventionistischer Grundüberzeugung beeinflusst, die er mit dem (seit 1952 als Leiter der Grundsatzabteilung, später Staatssekretär) ins Bundeswirtschaftsministerium berufenen Alfred Müller-Armack teilte. Im besonderen hatte Preiser immer wieder eine „konjunkturpolitische Zentralbehörde“ gefordert, „die die geld- und finanzpolitischen Maßnahmen zur Steuerung des Wirtschaftsablaufes koordinieren... und zugleich ihr Augenmerk auf die Entwicklung der relativen Einkommensquoten richten sollte.“ In einer Neuauflage seiner „Zukunft unserer Wirtschaftsordnung“ warnte Preiser 1960 davor, dass „wichtige konjunkturpolitische Entschlüsse aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den Entscheidungsträgern verhindert“ würden und forderte die Institutionalisierung einer Kooperation „insbesondere zwischen Notenbank und Finanzministerium.“

Blesgens konzise und prägnante Schlussbetrachtung steht unter der Überschrift „Vom Untergang sozialpolitischer Konzeptionen“. Der Autor erinnert an das Bemühen Erich Preisers um eine *aktive Stabilisierungspolitik* in „keynesianischer Grundtendenz“, die sowohl längerfristig angelegte, finanz- und geldpolitisch koordinierte konjunkturpolitische Interventionen wie sozialpolitische Korrekturen und nicht zuletzt strukturpolitische Maßnahmen zur sozialverträglichen und vorausschauenden Gestaltung struktureller Umbrüche umfassen sollte. Preisers *verteilungspolitisches Engagement* hinsichtlich einer gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen und Vermögen und insbesondere zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand trug dem „Machtaspekt des Eigentums“ Rechnung, der seiner Quasimonopoltheorie zugrunde lag. In beiden Fällen gelang es Preiser nicht, diesen für die soziale Gestaltung der Marktwirtschaft als wesentlich betrachteten Konzepten dauerhaft

ten Nachdruck zu verleihen. Spätestens seit der 1982 eingeschlagenen neoliberalen Wende - die sich seither zu einem „parteiübergreifenden Neoliberalismus“ verfestigt hat - waren die sozial-liberalen Ideen Preisers, der „stets die verteilungs- und sozialpolitischen Akzente der Sozialen Marktwirtschaft betont hatte, nicht mehr von gestalterischer Bedeutung.“

Detlef Blesgens bedeutende Studie über einen großen deutschen Ökonomen und über seinen Einfluss in einer Periode fruchtbarer wissenschaftlicher Beratung der Wirtschaftspolitik lässt die mit der paradigmatischen Konterrevolution zum Neoliberalismus verbundenen „Kuhnschen Verluste“ positiven Theoriepotentials und normativen Wertberücksichtigungspotentials erkennen. Sie verdeutlicht zugleich die erheblichen Gewinne in den Bereichen der Erkenntnis und der Moral, die durch Rückgriffe auf eine verdrängte Tradition ökonomischer Theoriebildung zumal für die heute notwendige Globalisierung der Ideen sozialer Gerechtigkeit und iredischen Ausgleichs erreicht werden können.

*Siegfried Katterle,  
Bielefeld*

**Christoph Ehmann, Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit. Vom Kindergarten bis zur Weiterbildung, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2001, 174 S., 29,80 DM.**

In der Ausgabe 8-9/2001 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ äußerte sich Salvatore Barbaro zum Thema „Bildungsfinanzierung und Verteilung“. Tatsächlich aber behandelte er ausschließlich die Frage: Zahlt ein Akademiker über die höheren Steuern, die er auf Grund seines überdurchschnittlichen Einkommens zu entrichten hat, die der öffentlichen Hand entstanden Studienkosten im Laufe seine Lebens zurück?

Diese Behandlung der Frage zeigt, dass man aus einem umfassend gestellten Thema nur einen möglichst kleinen Aspekt isolieren muss, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Ob die heutige Form der Bildungsfinanzierung zu einer sozial gerechten Verteilung der Bildungschancen führt, wird zwar in der Überschrift als der eigentliche Inhalt von Barbaros Text versprochen, erörtert wird aber nur ein kleiner Ausschnitt aus dem

Gesamtkomplex Bildungsfinanzierung und dies auch noch in einer Weise, die deutlich interessengeleitet ist, ohne dass - und das ist das unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu Kritisierende - das leitende Interesse explizit angegeben wird: Barbaro ist gegen Studiengebühren, was immer auch andere vortragen mögen.

Hier gilt es nun ein Buch vorzustellen, das nicht nur lesenswert, sondern auch lesbar ist, verständlich überdies für jene, die mit der üblichen Fachsprache der Soziologen und Ökonomen nicht vertraut sind - und das seine politische Intention an keiner Stelle verschweigt, weshalb die Argumente transparent, akzeptabel oder auch verwerfbar werden.

Ehmann stellt zunächst einmal vor, wie viel Geld in Deutschland für Bildung vom Kindergarten bis zur Weiterbildung aufgewendet wird, wer das Geld aufwendet und wer es bekommt. Schon hier macht er deutlich, wie mit den verschiedenen Zahlen, z. B. der beliebten Kennziffer vom Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, mehr oder weniger geschickt hantiert wird. Vor allem aber weist er aus - und das ist in dieser Zusammenstellung über alle Teile des Bildungswesens erstmalig -, wie viel bereits heute aus dem Privateinkommen zu dem nur scheinbar allein vom Staat und der Wirtschaft finanzierten Bildungswesen beigetragen wird, und wie sich Wirtschaft und Einzelteilnehmer von ihren Bildungsausgaben entlasten können, nach dem Motto: Ich bilde mich und meine Leute, aber du zahlst.

Bringt schon dieser Zahlenüberblick eine Reihe von neuen Einsichten in ein scheinbar doch längst bekanntes Themenfeld, so ist der Hauptteil des Buches regelrecht spannend: Was bewirken die vielen Milliarden? Wer profitiert davon, wer sind die Verlierer? Zwar weist der Autor nach, dass die heutige Bildungsfinanzierung nur historisch zu erklären ist und das Ergebnis von Machtkämpfen, kurzfristigen Haushaltsentscheidungen, erfolgreichen Lobbyisten und schlichter politischer Dummheit ist. Doch er zeigt ebenso auf, dass daraus ein „System“ entstanden ist, das, obwohl es in seiner Entstehung chaotische Züge zeigt, doch über alle Bildungsbereiche hinweg immer den gleichen Sozialgruppen nützt, vor allem jenen schadet oder nichts bringt, die angeblich von den „sozialen Errungenschaften“ profitieren.

Durch Ehmanns Gesamtbetrachtung des Bildungssystems, die man in der Bundesrepublik seit

der Beendigung der Arbeiten am Bildungsgesamtplan Ende der 1970er-Jahre aufgegeben hatte und durch seine Einbeziehung vieler Vergleichsdaten aus der DDR wird deutlich, welchem einheitlichen Prinzip diese Geldverteilung folgt: Die Chancengleichheit im Bildungswesen, von allen politischen Kräften in diesem Lande gefordert, wird nicht als ein Auftrag verstanden, im Bildungswesen die Ungleichheiten der sozialen Herkunft durch gezielte individuelle Förderung zu mildern und damit die Chancen der Einzelnen zu verbessern. Vielmehr wird darunter die gleiche Förderung aller verstanden, was zur Folge hat, dass die vorgefundenen Ungleichheiten fort dauern, nur auf einem höheren Niveau. Die Grundgesetzforderung, den Menschen gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und annähernd gleiche Lebensverhältnisse zu sichern, wird ins Gegenteil verkehrt und das Verbot der Benachteiligung auf Grund der Herkunft, Rasse, Geschlecht, Religion (Art. 3 GG) pervertiert, indem es nicht mehr um gleiche Chancen, sondern um Gleichbehandlung geht, wobei die soziale Komponente konsequent geleugnet wird: Jeder darf studieren, niemand muss Studiengebühren zahlen, jeder darf an Weiterbildung teilnehmen, wenn er oder sie es sich denn - z.B. durch den Verzicht auf Erwerbseinkommen während der Bildungszeit - leisten können.

Doch diese Gleichbehandlungsideologie hat schon früh Folgen mit Langzeitwirkung: wie etwa in der Praxis der Grundschule, wo alle Kinder zunächst 18 Unterrichtsstunden haben, alle Kinder Hausaufgaben aufbekommen und alle Mütter als Hilfslehrerinnen zu funktionieren haben, aber längst nicht alle Mütter gleich kompetent für diese zusätzliche Aufgabe sind und viele auch nicht die Zeit haben. In Ganztagschulen könnten hingegen alle Kinder von fachkompetenten Lehrkräften gefördert werden. Oder in der Sekundarstufe II: Selbstverständlich dürfen alle Eltern ihre klugen Kinder in die gymnasiale Oberstufe schicken, wenn sie auf eine Ausbildungsvergütung verzichten und ihren fast erwachsenen Kindern stattdessen aus eigener Tasche ein entsprechendes Taschengeld zahlen können.

Ehmann geht den Wirkungen dieser eben nur scheinbar sozial gerechten Regelungen in der Berufsausbildung ebenso nach wie bei der Förderung von IT-Kompetenzen. Er analysiert die Wirkung der sozial gestaffelten Gebühren im Kindergarten ebenso wie die der Umstellung der

institutioneilen Förderung auf Projektfinanzierungen in der Weiterbildung und der außerschulischen Jugendbildung.

Erst die vorurteilsfreie Betrachtung der Wirkungen solcher Steuerungsmittel bzw. der besonderen Art und Weise ihrer Gestaltung in der Bundesrepublik lässt erkennen, dass die Ungleichheit der Bildungschancen durch die geltenden Finanzierungsregelungen eher verstärkt als gemindert und die eigentlichen Ursachen nicht bearbeitet werden. Zuweilen erscheint es sogar so, als ob die lautstarken Debatten über Gebühren mit dem ausschließlichen Ziel geführt werden, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Ehmann weicht dieser Debatte nicht aus und verweigert sich auch nicht, aus der Analyse Schlussfolgerungen zu ziehen und einschneidende, vor allem aber ineinandergreifende Reformvorschläge zu machen.

Bei dieser Betrachtung des Gesamtsystems wird dann mit einem Mal deutlich, wie und wohin Finanzierungsströme umgelenkt werden müssen und können, wo bestehende Kompetenzen und Zuständigkeiten Blockierungen statt Reformen bewirken und wo Politik ansetzen kann, wenn sie etwas verändern will.

„Ein gut geschriebenes, fesselndes, im konstruktiven Sinne kämpferisches Buch, das für die weitere Entfaltung der Bildungsdebatte unverzichtbar ist“, hat es Klaus Korn, der letzte, gewählte Leiter der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, zu Recht beurteilt.

*Jürgen Walter,  
Hannover*

**Anthony Giddens, *The Third Way and its Critics*, Polity Press, Cambridge 2000, 189 S., 27,40 DM.**

Debatten um den dritten Weg setzen sich in der Welt der Politik sowie in der der Wissenschaft fort. Anthony Giddens - „Guru“ des britischen Premierministers Tony Blair und Direktor der London School of Economics - befindet sich an der Schnittstelle der beiden Welten und hat sich mit seinem Buch „Der dritte Weg“ (deutsch 1999) zum hervorragendsten Verfechter des dritten Wegs gemacht. Im hier rezensierten Nachfolgeband verspricht Giddens, seine Ideen zur Erneuerung der Sozialdemokratie weiterzuent-

wickeln. Diesem Versprechen zum Trotz gibt es wenig, was nicht bereits im Vorgängerband zu lesen war.

Im ersten Kapitel stellt Giddens sechs oft geäußerte Argumente gegen den dritten Weg dar: Der dritte Weg sei vage; er repräsentiere keine linke Position; er vernachlässige die „Verlierer“ der Globalisierung; er sei zu angelsächsisch orientiert; er habe keine kennzeichnende Wirtschaftspolitik, durch die er sich vom Neoliberalismus unterscheidet; er vernachlässige ökologische Zusammenhänge. Giddens kündigt an, keine Replik zu schreiben, sondern die Argumente der Kritiker „auf den Kopf zu stellen“. Was er mit dieser Metapher meint, bleibt dem Leser bis zum Ende des Buches ein Rätsel.

Man muss immer wieder feststellen, dass Kritiker des dritten Wegs ein entwickeltes politisches Programm zu erwarten scheinen, eine Erwartung, die sich als unangebracht erweist, wenn man Giddens' neuere Schriften im Zusammenhang seines Werkes betrachtet. Der dritte Weg - mit seinem Schwerpunkt auf „alltäglichen Experimenten“, der „Politik des Lebensstils“ und einer von Risiko durchdrungenen Welt, die Versuchen, sie zu kontrollieren, widersteht - ist eine Politik, in der programmatische Rezepte keinen Platz finden. Obgleich Giddens selbst diese Hoffnung erweckt, in dem er den dritten Weg als eine „alternative politische Philosophie“ beschreibt, stellt sich heraus, dass er keine „Alternative“ alten Stils anbietet, sondern ein neues Verständnis des Politischen überhaupt. Wenn man die erwähnte Hoffnung dämpft, kann man den dritten Weg also durchaus verstehen. Aus anderem Blickwinkel fällt es schwerer, Giddens zu verteidigen.

In seinen letzten beiden Büchern stellt man bei Giddens eine gewisse Ambiguität fest: Während er die Verlierer der Globalisierung zuweilen doch beachtet, hebt er an anderen Stellen hervor, dass eine Politik des Lebensstils, bei der jeder seine persönliche Biographie und seine Lebensart selbst zu gestalten habe, nicht nur für eine wohlhabende aufgeklärte Elite relevant sei. Giddens ist sich der „Verlierer“ offensichtlich bewusst; ihnen hat er Chancengleichheit zu bieten, die vor allem durch staatliche Investition in Humankapital zu fördern sei. Chancengleichheit dürfe aber keineswegs zu einer Vernachlässigung der Zustandsgleichheit führen, die ein Ziel des dritten Wegs bleibe. Es gibt jedoch einen Konflikt zwischen diesen Gerechtigkeitszielen, der sich zugunsten von Chancengleichheit auflöst: „Chan-

cengleichheit erzeugt in der Regel eher höhere als niedrigere Zustandsgleichheit“. Im Namen des Pluralismus und der Vielfalt der Lebensstile ist Giddens bereit, diese Ungleichheit zu akzeptieren. Im Grunde wiederholt er seine im letzten Buch dargelegte Haltung und versäumt dabei die Gelegenheit, auf das Unbehagen seiner Kritiker, mit denen er sich kaum auseinander setzt, einzugehen. Andere Chancen, die „Verlierer“ kritisch zu thematisieren, bieten sich an, etwa in der Diskussion um den „dritten Sektor“ und dessen mögliche Rolle bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die Ulrich Beck hervorzuheben pflegt. Auch Giddens, der eher Interesse für die Entwicklung unternehmerischen Talents im dritten Sektor hat, übersieht, dass die Ränge dieses Sektors überwiegend durch beschäftigte, wohlhabende und gebildete Leute besetzt sind. Noch einmal scheinen die „Verlierer“ wenig Platz zu finden.

Was den Rest des Buches anbelangt, wird dem Leser eine breite, leider unsystematisch ausgearbeitete Themenpalette angeboten. Die Empirie - mit Ausnahme des Kapitels zur Ungleichheit - bleibt eher anekdotenhaft. Typisch in dieser Hinsicht sind Giddens' Ideen zur Reform des Staates: Der Staat müsse effektiver werden, was nicht unbedingt eine Privatisierung seiner Dienstleistungen heiße. Als Beispiel erwähnt Giddens die Reform des US-Post-Service, ohne dabei anzudeuten, inwieweit der Fall zu verallgemeinern ist und ob er als Basis einer Politik zur Staatsreform in anderen Ländern dienen soll. Diese Vorgehensweise - für Giddens-Kenner nicht unbekannt - irritiert den Leser mehr als dass sie ihn informiert. In anderen Teilen des Buches begegnet man den üblichen mit dem dritten Weg assoziierten Floskeln: „Keine Rechte ohne Pflichten“ oder „die Demokratisierung der Demokratie“, die nicht weiterentwickelt werden. Die Frage, ob der dritte Weg eine linke Politik darstelle, bleibt trotz Giddens' Behauptung, seine Politik sei eindeutig eine linke, ungeklärt. Hinsichtlich der Bezeichnung „dritter Weg“ schreibt Giddens, dass nichts von diesem Etikett abhängen; es fragt sich, weshalb er hinsichtlich der Etiketten „links“ und „rechts“ nicht die gleiche Gleichgültigkeit an den Tag fegt.

Diejenigen, denen Giddens' „Der dritte Weg“ vertraut ist, können sich eine Lektüre seines Nachfolgebands im Grunde ersparen. Obwohl Giddens' Ideen keinesfalls abzutun sind und komplexer sind, als mancher Kritiker zuzugeben

bereit ist, fügt er ihnen mit diesem Band nichts Wesentliches hinzu. Der dritte Weg bleibt deswegen genau so rätselhaft wie vorher.

*Mark Peacock,  
Erfurt*

**John C. G. Röhl, Wilhelm II. Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888-1900, Verlag C.H.Beck, München 2001, 1437 S., 88 DM.**

Es gibt wohl kaum einen Monarchen der jüngeren Geschichte, der im Urteil der Nachwelt so unsympathisch erscheint wie der letzte deutsche Kaiser. Wilhelm II. war in seiner Persönlichkeit mit so vielen negativen Zutaten ausgestattet, dass man sich wundern muss, wie die Deutschen ihn so lange haben ertragen können. Der spätere Weimarer Außenminister Walter Rathenau schrieb seinerzeit: „Nicht einen Tag lang hätte in Deutschland regiert werden können, wie regiert worden ist, ohne die Zustimmung des Volkes.“ Des Kaisers jüngster Biograf - der britische Historiker John C.G. Röhl - hat 1993 mit seinem ersten Band über die Jugend des Hohenzollern-Herrschers großes Aufsehen erregt. Penibel und gestützt auf umfassendes Quellenmaterial konnte Röhl darlegen, wie Wilhelm zu dem wurde, der er später war: nämlich ein herrschsüchtiger, verbal aggressiver und martialisch auftretender junger Mensch, der durch bizarr ausfallendes Benehmen, peinliche Taktlosigkeit und übersteigertes Geltungsbedürfnis die halbe Welt gegen sich aufbrachte. Röhl machte dafür vor allem die Fehler in der Erziehung, das schwierige Verhältnis zwischen Kaisermutter und Sohn und die leichte körperliche Behinderung Wilhelms verantwortlich. Jetzt, im zweiten Band, der die Jahre seit der Thronbesteigung bis zur Jahrhundertwende behandelt, wartet der Biograf mit einer weiteren These auf: Wilhelm, so vermutet Röhl, habe an einer schweren, durch das britische Königshaus in der Linie der Coburger vererbten psychischen Krankheit gelitten, der letzte deutsche Kaiser mithin also verrückt oder wahnsinnig, wie man will.

Nun ist Röhl kein wunderlicher Phantast, sondern ein hoch angesehener Historiker, der für seine akkurate Forschungsarbeit bekannt ist. Denn auch für diesen Folgeband hat er umfangreiche Vorstudien betrieben, erstmals auch Ein-

lass in britische Archive gefunden. Umso befremdlicher mutet daher seine These vom gestörten Wilhelm II. an. Röhl's Landsmann - Winston Churchill - war da in seinem Urteil umsichtiger, als er schrieb: „Die Wahrheit ist, dass kein Menschenwesen jemals in eine solche Stellung und Lage hätte versetzt werden dürfen.“

Es hat den Anschein, als wolle Röhl partout den letzten deutschen Kaiser für alle späteren Katastrophen verantwortlich machen, die von Deutschland ausgingen. Das steht im Widerspruch zu einer in den vergangenen Jahren eher apologetischen Betrachtung der wilhelminischen Epoche. Röhl's historischer Ansatz ist von anderer Art. Er will beweisen, dass Wilhelm II. von Anfang an von der Idee besessen war, eine persönliche Monarchie aufzubauen. Und er kann dies anhand der Dokumente auch eindrucksvoll belegen. Freilich wird die Geduld des Lesers doch auf eine harte Probe gestellt. Röhl's zweiter Wilhelm-Band ist fast 1500 Seiten stark. Der Autor hat aber leider die Manie, die Dokumente in seinen Text einzubauen und so ausführlich zu zitieren, dass man oft nicht mehr das eine vom anderen trennen kann. Ein guter Lektor hätte hier wahre Wunder vollbringen können. Auf der anderen Seite vermisst man in dieser umfangreichen Darstellung eine durchstrukturierte Untersuchung der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Es reicht nicht, das Politikgeschehen auf das Handeln des jungen Kaisers zu reduzieren. Man kann ihn nicht isoliert von den Verhältnissen und den Antriebskräften in seinem Volk beurteilen. So entsteht ein negativer Kaiser-Mythos, der die doch sehr gewagte Sündenbock-Theorie verinnerlicht und damit seine Umgebung in gewisser Weise von der Mitverantwortung freispricht.

*Wolf Scheller,  
Köln*

**Rainer Zoll, Was ist Solidarität heute?, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2000, 213 S. 19,90 DM**

„Denn so wahr es ist, dass eine Welt der absoluten Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Vernunft ein Chaos werden kann, so ist umgekehrt eine Welt, in der diese Gedanken machtlos sind, eine Hölle.“ Rudolf Bienenfeld, der vor 50 Jahren die-

se These publizierte, hat in Rainer Zolls kluger Analyse über „Solidarität“ eine detaillierte Bestätigung erfahren. In dem in der edition suhrkamp erschienen Buch stellt Zoll die Frage, was Solidarität heute, also in einer Individualisierungsgesellschaft, bedeutet? Haben wir sie noch nötig oder verschwindet Solidarität mit dem Status des „Arbeiters“. Brauchen wir eine „neue“ statt der „alten“ Solidarität? Zweifelsohne sind das zentrale Fragen, nicht nur für Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften. Der Gewerkschaftssoziologe Zoll, der an der Universität Bremen lehrt, sucht eine Antwort auf diese Fragen und findet - wie nicht anders zu erwarten - mehrere.

Zuallererst macht er sich an die verdienstvolle Arbeit, den Begriff der „Solidarität“ zu klären. Am Anfang war die „Brüderlichkeit“, dann die Arbeitersolidarität und schließlich die Solidargemeinschaft, so die Begriffsgeschichte in periodischer Reihung.

Robespierre (!) soll es gewesen sein, der dem Motto der Französischen Revolution neben dem Ruf nach Freiheit und Gleichheit den der „Brüderlichkeit“ hinzufügte. Anscheinend hatte er erkannt, dass Freiheit und Gleichheit (zumindest zum Teil) unvereinbare Prinzipien sind und dass diese Unvereinbarkeit prinzipiengesteuert ausgetragen werden muss - brüderlich eben. Ab 1830 startete dann der Solidaritätsbegriff seine große Karriere, bis schließlich Durkheim am Ende des 19. Jahrhunderts die weiterführende Differenz zwischen mechanischer und organischer Solidarität machte. Heute nun steckt die Solidarität, so Zoll in seinen sieben Thesen „Zur Solidarität heute“, in einer tiefen Krise. Ihre Bedeutung

ist ebenso unklar wie die Handlungen und Zustände, die diesen Namen in Anspruch nehmen. Die Arbeitersolidarität hat durch die zunehmende gesellschaftliche Differenzierung und Individualisierung an Bindungskraft verloren. Notwendig wäre heute eine grenzüberschreitende Solidarität mit Fremden, die ohne diese mehr und mehr ausgegrenzt und diskriminiert werden. Das ehemals erfolgreiche Muster der Arbeitersolidarität kann dafür aber nur sehr eingeschränkt übernommen werden. Die Entwicklung neuer Formen solidarischen Handelns ist daher notwendig. Bisher sind nur Ansätze einer nicht mehr nur auf Gleichheit, sondern auf mehr Unterschiedlichkeit basierenden Solidarität sichtbar. Solidarisches Engagement könnte diese „neue“ Solidarität voranbringen. Aber genau diese Selbstbezüglichkeit stellt sich heute als Dilemma dar.

Der Wunsch nach Solidarität ist zweifelsohne auch im 21. Jahrhundert noch da, die strukturellen Voraussetzungen für ihre Realisierung sind es jedoch nicht mehr. Das ist nicht unproblematisch, da bisher Solidarität ein höchst wirksames Mittel war, um die sozialen Probleme von sich modernisierenden Gesellschaften zu steuern. Es gibt wenig Indizien, dass wir auf dem Weg zu weiterer Modernisierung auf diese Bindekraft verzichten könnten. Unabhängig davon, ob Solidarität in Zukunft notwendig ist oder nicht, auf jeden Fall brauchen wir eine Analyse, wie sie Rainer Zoll vorgelegt hat, um mit dieser offenen Situation vernünftig umgehen zu können.

*Karlheinz A. Geißler,  
München*